

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Bericht des Sonderausschusses BER - Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses BER - Drucksache 7/3731 vom 08.06.2021

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag Brandenburg nimmt den Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses BER als eine Zusammenfassung der Protokolle seit Einsetzen des Sonderausschusses zur Kenntnis. Dabei wurde dem Einsetzungsbeschluss, für Transparenz und zügige Information zu sorgen sowie den Prozess der Fertigstellung und Beantwortung von Fachfragen, nicht Rechnung getragen. Die Ausschussmitglieder wurden durch regionale und überregionale Presse besser informiert, als durch die Landesregierung oder Vertreter der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB).

Dem Landtag und der Öffentlichkeit werden relevante Informationen, insbesondere Informationen zur tatsächlichen finanziellen Situation, mit Verweis auf Geschäftsgeheimnisse konsequent vorenthalten.

Der im Planfeststellungsbeschluss verbindlich festgeschriebene Schallschutz ist auch nach der Eröffnung des Flughafens nicht vollständig umgesetzt. Die FBB macht vom Instrument der Entschädigungszahlungen Gebrauch, sehenden Auges der Landesregierung, dass tatsächlich kein Schallschutz umgesetzt wird oder durch nicht angepasste Leistungsverzeichnisse umgesetzt werden kann.

Begründung:

Der Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) ist zwar eröffnet, dennoch ist an keinen normalen Flugbetrieb zu denken und die finanzielle Situation des Flughafens desaströs. Eine parlamentarische Begleitung in Form eines Sonderausschusses zur Bündelung der Themen und der Informationen erachtet die AfD-Fraktion als unerlässlich und hat sich bereits im Ausschuss dazu positioniert. Die wirtschaftlichen Entwicklungen des Flughafenumfeldes bleiben aus und die zukünftigen finanziellen Auswirkungen durch einen eventuell auslastenden Betrieb des Flughafens sind weiterhin nicht abschätzbar.

Fragen wie zum Beispiel nach der Unterhaltsfinanzierung des BER, Umsetzung des Schallschutzes, Entwicklung der Region oder aber wann mit der tatsächlichen Fertigstellung des Flughafens gerechnet werden kann, dürfen nicht aus der parlamentarischen Diskussion und Kontrolle herausgenommen werden.